

**929 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP**

# **Bericht**

## **des Unterrichtsausschusses**

**über die Regierungsvorlage (858 der Beilagen):  
Bundesgesetz, mit dem das Schülerbeihilfengesetz 1983 geändert wird**

Die gegenständliche Regierungsvorlage sieht einen weiteren Punkt der EWR-Anpassung vor. Ziel ist eine Gleichstellung von österreichischen Staatsbürgern mit Staatsangehörigen von Vertragsparteien des EWR-Abkommens und deren Kindern im Rahmen der jeweiligen Bestimmungen des EWR-Vertrages hinsichtlich der Gewährung von Schülerbeihilfen herzustellen.

Der Unterrichtsausschuß hat die gegenständliche Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 13. Jänner 1993 in Verhandlung genommen. In der Debatte

ergriffen die Abgeordneten Mag. Karin Praxmarrer, Dr. Helmut Seel, Christine Heindl und Mag. Dr. Josef Höchl sowie der Bundesminister für Unterricht und Kunst Dr. Rudolf Scholten das Wort.

Bei der Abstimmung wurde der gegenständliche Gesetzentwurf mit Mehrheit angenommen. Ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Christine Heindl fand hingegen keine Mehrheit.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Unterrichtsausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (858 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 1993 01 13

**Dr. Dieter Antoni**  
Berichterstatter

**Mag. Dr. Josef Höchl**  
Obmann